

Tausende demonstrieren für umweltfreundlichere Landwirtschaft



Video: rbb|24 | 18.01.2020 | Material: ARD-aktuell, Sebastian Schöbel |
Bild: dpa/Stefan Mueller

Unter dem Motto "Wir haben es satt!" haben am Brandenburger Tor in Berlin rund 27.000 Menschen für eine artgerechtere Tierhaltung und die Unterstützung ökologischer Bauernhöfe demonstriert. Auch zahlreiche Trecker waren wieder unterwegs.

In Berlin haben sich am Samstag wieder tausende Menschen zur alljährlichen Großkundgebung "Wir haben es satt!" versammelt. Vor dem Brandenburger Tor setzten sie sich für eine naturgerechtere Landwirtschaft ein und protestierten zugleich gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung. Nach Veranstalterangaben beteiligten sich insgesamt rund 27.000 Menschen an den Protesten. Die Polizei sprach von einer höheren fünfstelligen Zahl und verwies auf die Veranstalterangaben.

Für mehr Ökologie und weniger Industrie

Auf der Abschlusskundgebung am frühen Nachmittag riefen die Demonstranten die Bundesregierung auf, sich stärker für kleinere und ökologisch arbeitende Höfe einzusetzen. Stattdessen werde eine Agrarindustrie unterstützt, die auf Kosten der Böden, des Grundwassers und der Artenvielfalt gehe. Zuvor waren die Menschen durch das Regierungsviertel gezogen.

Das Motto der diesjährigen Kundgebung lautete "Agrarwende anpacken, Klima schützen!". Mit dabei waren auch wieder zahlreiche Landwirte, die bereits am Vormittag mit rund 170 Traktoren durch die Berliner Innenstadt gerollt waren. Sie hatten sich am frühen Morgen im Umland versammelt und waren in mehreren Kolonnen sternförmig in die Hauptstadt gefahren.

Innenstadt weiträumig umfahren

Ursprünglich waren zu der Kundgebung nur bis zu 15.000 Teilnehmer erwartet worden. Aufgerufen zu dem Protest hatte das Bündnis "Wir haben es satt!", ein Zusammenschluss von über 50 Organisationen. Die Demonstration findet bereits zum zehnten Mal anlässlich der Agrarmesse Grüne Woche statt.

Parallel zur Messe sind im Auswärtigen Amt Regierungsvertreter aus rund 70 Ländern zu einer Agrarministerkonferenz zusammengekommen. Gastgeberin ist Bundesministerin Julia Klöckner (CDU). Die Öko-Landwirte überreichten der Konferenz am Vormittag eine "bäuerliche Protestnote". Ab 11.30 Uhr bewegten sie sich dann mit ihren Traktoren über die Leipziger Straße in Richtung Brandenburger Tor.

... Der Fokus der Proteste lag in diesem Jahr auf dem [Klimawandel](#). Die Organisatoren erklärten, 2020 sei ein Jahr der Entscheidung für die Landwirtschaft und das Klima: "Ein 'Weiter so' auf den Höfen und in der Agrarpolitik geht nicht mehr. Die Belastungsgrenzen unserer Erde werden überschritten", hieß es auf der Internetseite des Bündnisses.

Bauern fordern Hilfe im Kampf gegen Klimawandel

Das von der Bundesregierung im September verabschiedete Agrarpaket sehen die Initiatoren von "Wir haben es satt!" kritisch. Gefordert werden eine Reform der Agrarpolitik, mehr Klimaschutz und Hilfen für die Bauern beim Umbau der Landwirtschaft. "Wichtig ist, dass den Bauern unter die Arme gegriffen wird, um den Klimawandel zu bekämpfen, aber auch mit den Auswirkungen des Klimawandels zurechtzukommen", sagte Sprecherin Saskia Richartz. "Wir erleben seit vielen Jahren, dass das Landwirtschaftsministerium die Agrarindustrie hofiert", ergänzte ihr Co-Sprecher Christian Rollmann. Die Klimakrise, zu viel Nitrat im Grundwasser und das dramatische Artensterben zeigten, dass es so nicht weitergehen könne. Das Bündnis macht die Bundesregierung für die Schließung von 130.000 Bauernhöfen seit 2005 verantwortlich.

Gemeinsame Pressemitteilung **27.000 für die enkeltaugliche Landwirtschaft und gutes** **Essen**

Bündnis aus Landwirtschaft und Gesellschaft fordert: Bauernhöfe unterstützen, Artenvielfalt sichern und Klima retten – 2020 die europäische Agrarwende anpacken

Bauernhöfe unterstützen, Insektensterben stoppen und konsequenten Klimaschutz – das fordern 27.000 Menschen bei der „Wir haben es satt!“-Demonstration zum Auftakt der „Grünen Woche“ in Berlin. „Wir haben die Alibi-Politik des Agrarministeriums gehörig satt!“, sagt Bündnis-Sprecherin Saskia Richartz. Die Bundesregierung trägt die Verantwortung für das Höfesterben und den Frust auf dem Land. Seit 2005, als Angela Merkel Kanzlerin wurde, mussten 130.000 Höfe schließen – im Schnitt gab ein Familienbetrieb pro Stunde auf.

Die Klimakrise, zu viel Nitrat im Grundwasser und das dramatische Artensterben zeigen, dass es so nicht weitergeht. „Reden reicht nicht, die Zeit der Ankündigungen ist vorbei. Wir messen Agrarministerin Klöckner daran, was bei ihrer Politik unter dem Strich für Bauernhöfe, Tiere und das Klima herauskommt. Bislang ist diese Ministerin in dieser Hinsicht eine Nullnummer!“, so Richartz. „Wir fordern, dass die Bundesregierung 2020 bei der EU-Agrarreform Nägel mit Köpfen macht. Jetzt heißt es für Julia Klöckner: Ärmel hochkrepeln und die Agrarwende anpacken!“

Der Bundesregierung kommt während ihrer EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) zu.

Mit den rund 60 Milliarden an Fördergeldern pro Jahr sind zukunftsfähige Landwirtschaft und gutes Essen auf den Tellern europaweit möglich.

Elisabeth Fresen, 29-jährige Bäuerin mit einem 160-Hektar-Betrieb und 100 Mutterkühen aus Verden/Aller, sagt: „Wir Bäuerinnen und Bauern jammern nicht, wir packen an. Viele Betriebe sind der Politik in Sachen Tier- und Klimaschutz schon große Schritte voraus.“

Wenn Landwirtschaft und Gesellschaft jetzt an einem Strang ziehen, können wir der bauern- und umweltfeindlichen Politik ein Ende machen. Mit einer enkeltauglichen Agrarpolitik und fairen Preisen sind Tierwohl, Insektenschutz und gesundes Essen für alle machbar.“

Mit ihrem „Wachsen oder Weichen“ haben das Agrarministerium und die Spitzen des Bauernverbands jahrelang gegen die bäuerlichen Betriebe gearbeitet. Der jetzt anstehende art-gerechte Umbau der Ställe und das Mehr an Insekten- und Klimaschutz kosten und dürfen nicht auf die Bauernhöfe abgewälzt werden.

Schon am Vormittag übergaben die Bäuerinnen und Bauern, die mit ihren Traktoren aus ganz Deutschland angereist waren, eine Protestnote an die Agrarminister*innen der Welt.

Ihre Botschaft: Statt mit unfairen Freihandelsabkommen neue Märkte für Auto- und

Chemie-Konzerne zu erschließen, braucht es gerechten Handel, die Durchsetzung von Bauernrechten und Schutz von bäuerlichen Betrieben auf der ganzen Welt. Deswegen fordert das Demonstrationsbündnis ein Veto Deutschlands gegen das geplante EU-Mercosur-Abkommen.

Bei der „Wir haben es satt!“-Großdemonstration gehen zum mittlerweile zehnten Mal Zehntausende gegen die Agrarindustrie und für eine zukunftsfähige Landwirtschaft auf die Straße. Konventionelle und Öko-Bäuer*innen demonstrieren im Schulterschluss mit der Gesellschaft gegen die fatalen Auswirkungen der intensiven industriellen Landwirtschaft.

Gemeinsam zeigt das Bündnis zugleich Wege für eine bäuerliche Landwirtschaft auf, die auf breite Zustimmung in der Bevölkerung trifft und den Bauernhöfen wirtschaftliche Perspektiven bietet.

Weitere Informationen: www.wir-haben-es-satt.de

Pressekontakt:

Christian Rollmann, „Wir haben es satt!“-Pressesprecher, Tel.: 030-28482438,
Mobil: 0151-51245795, E-Mail: presse@meine-landwirtschaft.de